

EnergieForum Potsdam Die Wahlprüfsteine 2014 – Update 2016*

Das EnergieForum Potsdam e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Mitglieder sich für eine nachhaltige Klima- und Energiepolitik einsetzen. Es hat sich zur Aufgabe gestellt, die Landeshauptstadt Potsdam bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und anderer klima- und energiepolitischer Vorhaben zu unterstützen.

Seit 2008 ist das EnergieForum ein Akteur im klimapolitischen Diskurs der Landeshauptstadt und veröffentlicht Stellungnahmen auf der Website <http://www.energie-forum-potsdam.de>. So hatte das EnergieForum im Wahljahr 2014 die Energieperspektiven für Potsdam bei den politischen Parteien erfragt und anschließend in einem Fachforum strategische Ansätze der Energiepolitik diskutiert. Zwei Jahre danach ist es an der Zeit nachzuerfolgen, was sich getan hat und wie heute die Perspektiven für die Zukunft aussehen. Dabei geht es nicht nur darum festzustellen, was in den vergangenen Jahren erreicht oder vernachlässigt worden ist. Vielmehr erscheint eine Anpassung an die sich wandelnden Gegebenheiten und neue technische Möglichkeiten erforderlich. Potsdam wächst. Unter diesen neuen Rahmenbedingungen wird es nicht ausreichen, die in der Vergangenheit formulierten Ziele der Energie- und Klimapolitik umzusetzen. Um für die Bevölkerung die Umweltbelastungen zu verringern, wird es unter den Bedingungen der wachsenden Stadt notwendig sein, nochmals sparsamer, intelligenter und vernetzter zu denken und zu handeln.

Um dies zu unterstützen hat das EnergieForum im Juli 2016 zu einem runden Tisch zur Evaluierung und zur Fortschreibung der Klimawahlprüfsteine an der Fachhochschule Potsdam eingeladen, dessen Ergebnisse in einer Reihe von Einzelgesprächen vertieft wurden. Neben Repräsentant*innen von politischen Parteien aus der Stadtverordnetenversammlung waren dazu verschiedene Vertreter*innen aus Wissenschaft und Planung eingeladen.

* Zusammenfassung der Gesprächsergebnisse und Redaktion UrbanPlus – Stand Ende 2016

Die Forderungen des EnergieForums Potsdam im Jahr 2014

- Zukunftssicheres integriertes Energiekonzept für das Entwicklungsgebiet Krampnitz.
- Energieeffizienz und Klimaschutz in der Bauleitplanung berücksichtigen.
- Stärkung des ÖPNV konsequent verfolgen und E-Mobilität einführen.
- Nachhaltiges Bauen und Renovieren von Schulen als kommunales Schlüsselprojekt.

Die Ergebnisse des runden Tisches im Einzelnen

Die Diskussion machte deutlich, dass die oben genannten Themen auch weiterhin als Kernelemente einer zukunftsgerichteten Klima- und Energiestrategie der Landeshauptstadt verfolgt werden sollten. In den vergangenen Jahren wurde bereits ein Großteil der Wahlprüfsteine in der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtpolitik thematisiert. Sie sind teilweise die Basis für die parteiübergreifende Bearbeitung und Entscheidungsfindung. Jedoch bleiben andere Themen, z.B. die Priorisierung ökologischer und klimabezogener Ziele in der Bauleitplanung und bei der Errichtung und Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden aus Kostengründen und wegen einer oft ressortgebundenen Handlungslogik weiterhin kontrovers.

Die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung ist in der Landeshauptstadt und der Gesamtregion gegenüber früheren Prognosen unerwartet positiv. Damit wachsen die Raumbedarfe für Wohnen, Gewerbe und soziokulturelle Infrastrukturen ebenso wie der damit einhergehende Verkehr und generell der Primärenergiebedarf, die Emission von CO₂, Abwärme und Feinstaub. Die damit verbundene Zunahme von klimaschädigenden Einflüssen ist nicht mehr allein durch die Fortschreibung von Maßnahmen einer inzwischen traditionellen Klimapolitik zu bewältigen, zumal auch die gesetzlichen Anforderungen an den Klimaschutz verschärft wurden.

Aus den neuen Bedingungen ergibt sich eine steigende Komplexität, die bei der Bearbeitung von Energieeffizienz und Klimaschutz berücksichtigt und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sind. Um den durch das Wachstum gegenüber den bisherigen Zielen nochmals gesteigerten Anforderungen gerecht werden zu können, sollten insbesondere die Wechselbeziehungen zwischen der physischen Stadtentwicklung (Wohnen, Bauen und Stadtplanung), den sozioökonomischen Entwicklungen (Humankapital, Verhalten und Problembewusstsein) und dem politischen Handeln (Berücksichtigung von Planungsfolgen, Berechenbarkeit der Politik, Anreize zu klimaverträglichem Verhalten) noch mehr in den Mittelpunkt klimapolitischer Bemühungen gestellt werden.

Als richtungweisend dafür wurde die erfolgreiche Bewerbung Potsdams als eine von 22 Kommunen angesehen, die im Rahmen des Projektes *Masterplan 100% Klimaschutz-kommune 2050* des BMUB ihre Treibhausgasemission bis 2050 um 95 Prozent und ihre Endenergie um 50 Prozent gegenüber 1990 senken wollen.

1. Zukunftssicheres Energiekonzept mit Erneuerbarer Energien für Krampnitz

Die Forderung, mit dem Entwicklungsgebiet Krampnitz ein über Potsdam hinaus für die Region beispielhaftes Wohngebiet mit dem Schwerpunkt auf soziale und energiepolitische Qualität umzusetzen, konnte aufgrund problematischer Eigentumsverhältnisse bisher nicht umgesetzt werden. Der runde Tisch rät dazu, dass Potsdam möglichst bald ein alternatives Modellprojekt festlegen solle, in dem die ursprünglich für Krampnitz vorgesehene integrierte Gesamtstrategie schnell als exemplarisches Modellvorhaben der Klimapolitik zur Umsetzung kommen kann. Zugleich wird die Forderung aufrechterhalten, den beabsichtigten Modellcharakter von Krampnitz für die Zukunft beizubehalten und dies möglichst planungsrechtlich abzusichern, wer immer dort für eine Bebauung zum Zuge kommt.

Vorgesehen war für Krampnitz:

- Planung und Umsetzung im Rahmen eines modellhaften integrierten Energiekonzepts für das neue Quartier unter Einbeziehung erneuerbarer Energien ‚vor Ort‘ (z.B. Insellösungen, Hauskraftwerk-Kombinationen usw.) zur CO₂-Minderung.
- Potentialanalyse zum Energieverbrauch unter Einbeziehung der Versorgungsunternehmen, der Wohnungsunternehmen und Bauträger.
- Nutzung der Möglichkeiten, die sich aus der Novelle des Baugesetzbuches zur Beschränkung klimaschädigender Emissionen und zum Klimaschutz ergeben (Klimaschutznovelle 2011).
- Vorbildhafte ökologische Ausrichtung der öffentlichen Infrastrukturen (Schulen, Kinder- und Gesundheitseinrichtungen).
- Beeinflussung des Nutzerverhaltens durch Technik und Wissensvermittlung.
- Verkehrssparsame Infrastruktur (Stellplätze, ÖPNV Nähe, Radwegesystem, Car-Sharing).
- Konzept für E-Mobilität-Infrastruktur (z.B. Ladesäulen, Vorrang für E-Bus / Tramverkehr, im Wohngebiet und extern zur Stadt).
- Sicherung der Sozialverträglichkeit, frühzeitige Beteiligung, Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit für die Nutzenden und die Stadtöffentlichkeit.
- Kosten- und Finanzierungsplanung, Erfolgskontrolle, Monitoring.
- Jährliches CO₂-Monitoring und Dokumentation von Abweichungen gegenüber den Planungen.

Diese Maßnahmen sollten als Leitmodell für die weitere Entwicklung aller neuen Quartiere und Sanierungsmaßnahmen in Potsdam nach einer baldigen Erprobung und Evaluation der Ergebnisse herangezogen werden.

2. Klimaschutz, Bauleit- und Objektplanung

Mit der Klimaschutznovelle 2011 wurden Klimaschutz und Klimaanpassung als Ziele in die städtebauliche Planung, insbesondere in die Bauleitplanung, als Planungsziele integriert. Das EnergieForum schlägt vor, die damit gegebenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Thematische Ausweisungen über den bisherigen Stand in Potsdam hinaus in der Flächennutzungsplanung, etwa von Windschneisen, kompakten Bauformen, die Standortplanung für Erneuerbare Energien oder eine solarenergetische Optimierung von Bebauungspläne sind dafür ebenso Beispiele wie die Berücksichtigung von Klimazielen in städtebaulichen Verträgen.

Voraussetzung für eine angemessene Steuerung ist ein gesamträumliches Klimaschutzkonzept für Potsdam, wie es mit dem Masterplan *100 Prozent Klimaschutzkommune* angelegt ist.

Der runde Tisch regt insbesondere an:

3. Verringerungen des Energiebedarfes durch die Ausweisung von kompakten und energieeffizienten Siedlungsformen für die unterschiedlichen nachgefragten Wohnformen sowie die Erhöhung der Energieerzeugungspotentiale durch entsprechende Gebäudestellungen und Dachneigungen bei privaten und öffentlichen Bauten.
4. Vorgaben für besseren Wärmeschutz und Reduzierung des Wärmebedarfs bei gleichzeitiger Beachtung der Umweltfolgen bestimmter Bau- und Dämmmaterialien (Sondermüll).
5. Planerische Vorgaben zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmegewinnung und zur Nutzung von Kraft-Wärme-Kopplung.
6. Verbindliche Leitlinien zur Nutzung ökologischer Baumaterialien wurden nicht nur für das öffentliche Bauen vorgeschlagen, sondern sollten generell in städtebauliche Verträge eingebracht werden.
7. Eine Lebenszyklusbetrachtung von Bauwerken auf breiter Ebene wird vorgeschlagen, um klimaschädigende Effekte und Energieaufwand sowie deren Folgen langfristig verlässlich abschätzen zu können. Dadurch soll vermieden werden, dass kurzfristige Vorteile in Bezug auf die Kosten und die Energiebilanz nicht durch langfristige Mehrbelastungen, z.B. bei Recycling von Materialien überlagert werden. Lebenszyklusbetrachtungen sollen allgemein bei öffentlich veranlassten Wettbewerben und öffentlichen Baumaßnahmen zur Pflicht werden.

Das EnergieForum sieht Einwände aus der Verwaltung, dass eine stärkere und überprüfte Berücksichtigung der laut BauGB möglichen Klimakriterien in der Planung zu einer weiteren Komplexitätssteigerung und hohem Aufwand bei geringem Effizienzgewinn beitragen. Dagegen wird argumentiert, dass nach einer Anpassungszeit der Verwaltung und der Investoren an entsprechende Vorgaben, die Berücksichtigung von Klima- und Effizienzzielen von Anfang an zu einem nur geringen planerischen Mehraufwand führen. Vielmehr könnte die Integration dieser Ziele ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb um eine umwelt- und qualitätsbezogene Stadtentwicklung sein. Vorgeschlagen wird, dass Ausnahmen von Klimaschutz- Energieeffizienzstandards bei Planungen und Baumaßnahmen im Einzelfall zu begründen und gegenüber anderen Zielen abzuwägen

sein.

3. Stadtentwicklungskonzept Verkehr

Das Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK) von 2014 stellt das Leitbild für die Verkehrsentwicklung und die Investitionsplanung im Zeitraum bis 2025 dar. Es sichert die Mobilität für die Bevölkerung und soll sowohl die Wirtschaft in Potsdam als auch die weitere Verkehrsentwicklung sichern, und dies bei gleichzeitiger Verringerung der Umweltbelastung trotz Wachstum insbesondere durch den motorisierten Individualverkehr. Entsprechend sollten Planungen und Ressourcen auf die Stärkung der Verkehrsmittel des "Umweltverbundes" ausgerichtet werden.

Dazu werden viele Einzelmaßnahmen als erforderlich angesehen, z.B.:

- vermehrte Abstellflächen an Zugängen zum kommunalen und regionalen ÖPNV,
- verbesserte Park & Ride Anlagen oder auch innovative Konzepte zur Kombination von PKW und ÖPNV, z.B. in dem Parkscheine gleichzeitig als Ticket für den ÖPNV gelten.
- Im engen Bezug zu einem klimagerechten Verkehr wurde ein Konzept zur energieeffizienten Beleuchtung gesehen. Erwartet werden Einsparungen an CO₂ Äquivalenten sowie ein Sicherheitsgewinn speziell für die schwächeren Verkehrsteilnehmer (Licht-Masterplan unter Berücksichtigung auch der Störung durch Licht).
- ÖPNV: der klimagerechten Anpassung des öffentlichen Verkehrs wurde auch wegen der regelmäßigen Flottenerneuerung und dem damit verbundenen großen Investitionsvolumen von jährlich ca. 30 Mio € die Rolle eines motivationserzeugenden Pilotprojektes zugesprochen. Zudem wurde vorgeschlagen, auch finanzielle Anreize zu prüfen, die die ÖPNV-Nutzung auch für PKW-Nutzer alltäglicher machen können (365€-Jahresticket')
- Fahrradverkehr: Dem Fahrradverkehr wurde eine Schlüsselstellung in der Entwicklung klimafreundlicher Verkehrsalternativen zugesprochen. Dabei wurde begrüßt, dass die Innenstadt inzwischen als weitgehend fahrradfreundlich gelten kann. Weiterhin bleibt die Herstellung guter Fahrradverbindungen zwischen Innenstadt und Stadtrand eine Aufgabe. Die Etablierung des Radverkehrsbeauftragten und seine Initiative wurden begrüßt (Radverkehr als integrierter Bestandteil des Verkehrskonzeptes, Einzelfallprüfung problematischer Strecken). Bemängelt werden dagegen viele kleine Versäumnisse, die Nutzer*innen von einem Wechsel zugunsten des Fahrrades abhalten und deren Sicherheit einschränken.
- Tempo-30-Zonen: Seit dem ersten Forum 2014 wurden zwar einige Tempo-30-Zonen umgesetzt, aber es wird vom Bundesgesetzgeber erwartet, dass Kommunen selbstständig und flächendeckend Tempo-30-Zonen ausweisen können. Um lange Tempo-30-Strecken auf verkehrsbelasteten Straßen zu vermeiden, wurden Tempo-50-Zonen mit entsprechenden Überholmöglichkeiten geschaffen (Ausweichbuchten für Radfahrer*innen).
- Anreize zur nachhaltigen Mobilität: E-Mobilität sollte neben modellhaften Pilotprojekten bald durch eine regelhafte Bereitstellung von Orten für eine entsprechende Infrastruktur (Ladesäulenverordnung) vom Modell zum allgemeinen Angebot entwickelt werden.

- Umstellung der Fahrzeugflotte der Verwaltung: Die konsequente Umstellung des städtischen Verkehrs (ÖPNV, Müll, anderer Kurzstreckenverkehr) auf alternative Antriebe sollte bei Neuanschaffungen über die bisherigen Planungen hinaus (E-Busse) befördert werden. Neben Elektroantrieb wird auch auf die Rohgasnutzung aus Abfallvergärung als Option verwiesen.

Der runde Tisch stellt heraus, dass Veränderungen im Verkehrsverhalten auf einen Mentalitätswandel aufbauen müssen und weniger durch Einschränkungen als durch Motivation gefördert werden sollten. Das im STEK angestrebte Konzept einer nachhaltigen Mobilität mit z.B. der Priorisierung des Ausbaus des Radwegenetzes, der Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs und der Ausweisung von Tempo-30-Zonen wurde begrüßt. Dabei wird gefordert, den realen Modalsplit zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern, die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten (Erreichbarkeit sowohl im Stadtgebiet also auch gegenüber den Umlandgemeinden), die Finanzierbarkeit und den notwendigen Mentalitätswandel methodisch zu berücksichtigen.

Bezüglich aller öffentlichen Verkehrsträger wird die Integration in ein regionales CO₂ bezogenes Verkehrskonzept angemahnt, das sowohl den Verbund mit Berlin (Reaktivierung früherer S-Bahn Verbindung zwischen Berlin und Potsdam) als auch den Anschluss an die umliegenden Landkreise berücksichtigt. Auch durchgängige Busspuren durch ganz Potsdam mit Verlängerung über die Stadtgrenze hinaus erscheinen sinnvoll, erfordern jedoch die Absprache mit Nachbargemeinden.

4. Monitoring

Ein konsequentes und energieträgerübergreifendes Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam wird als eine wichtige Voraussetzung für die Erreichung der klimapolitischen Ziele der Stadt Potsdam angesehen. Neben einem umfassenden Begleitmonitoring (Total Quality Bewertung von energiebezogenen Entwicklungen/ Gebäude, Verkehr/ Infrastruktur etc.) spielt auch die Zufriedenheit der Nutzer*innen eine wichtige Rolle. Die energieträgerunabhängige Auswertung und Berichterstattung wird als wichtiges Element eines unvoreingenommen und praxisorientierten Energie- und CO₂-Monitoring angesehen. Dieses Monitoringkonzept soll sowohl für Entwicklungs- und Realisierungsphasen von Projekten als auch für die regelhafte Verfolgung der Bestandsentwicklung angewandt werden. Insbesondere bei Bauprojekten kann die Klimaeffizienz durch die Schaffung entsprechender Informationssysteme (Prognosen und Monitoring) ausgeweitet werden.

- Ein regelmäßiges Audit der Klimaschutzziele für die kommunalen Unternehmen und Eigenbetriebe wird als Kernelement für die Überprüfung der Klimaschutzpolitik der Stadt Potsdam gesehen. Das Audit sollte auch eine Pilotfunktion für andere Energienutzer, wie private Wohnungs- und Logistikunternehmen, Energieanbieter etc. übernehmen. Als Voraussetzung für die aktive Steuerung der Klimapolitik auf der Basis eines Monitorings (Messen vor Berechnen) wird eine angemessene personelle Ausstattung in der Verwaltung oder eine entsprechende Fremdvergabe angesehen.

- Zielsetzung des Monitoring sollte ein durch Maßnahmen unterlegtes Energiemanagement in den Organisationen sein, das auf fristgerechten Berichten und Aufzeigen von Plan-Ist-Abweichungen basiert.
- Weiterhin ist die Umsetzung der Konzessionsverträge mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) an der Verpflichtung auszurichten, das Klimaschutzkonzept mit umzusetzen. Dabei sollen strategische Entscheidungen (z.B. Beteiligung an Windparks, Biogasanlagen, große Wärmespeicher) eng fachlich begleitet werden.

Der runde Tisch schlägt vor, auch andere Städte vergleichend in das Monitoring einzu beziehen, um die Position der Stadt Potsdam im Vergleich einschätzen zu können. Beklagt wurden die in Deutschland und Europa nicht verbindlichen und unterschiedlichen Bemessungssysteme. Hier sieht das EnergieForum die Notwendigkeit, zu nationalen oder europaweiten Vergleichskonzepten.

5. Bauinvestitionen

Die wachsende Stadt erfordert umfangreiche Investitionen in den Neu- und Ausbau, aber auch in die Sanierung und Instandsetzung von Wohnungen, von energieverbrauchsrelevanten Infrastrukturen, vom ÖPNV über Bildungseinrichtungen, öffentliche Gebäude und Infrastrukturen bis hin zu Schulen, Kinder- und Gesundheitseinrichtungen. Bei diesen massiven Investitionen ergibt sich bei konsequenter Verfolgung der Klimastrategie der Stadt Potsdam in allen Ressorts die Chance, auch bei steigenden Bedarfen die absoluten Zuwächse zu begrenzen und nahe bei den absoluten Zielwerten der bisherigen Klimastrategie zu bleiben. Aus Sicht des EnergieForums sind besonders bei den Bauinvestitionen Lebenszeitzyklusbetrachtungen sowie ökologisch ausgerichtete Vollkostenanalysen (Bau- und Folgekosten des Betriebs sowie des Rückbaus) mehr in den Vordergrund zu stellen. Anders als kurzfristige Ausweisungen, die zur Zeit günstiger erscheinen, aber langfristig teurere Alternativen sind (Ausgleich von Zielkonflikten, z.B. Schulbau-Finanzierung und Klimaschutzziele).

- Während ein verpflichtender Schwerpunkt bei öffentlichen Bauten gesehen wurde, wird das klimaverträgliche Bauen allgemein als Ziel angesehen, das auch neues Wohnen und Sanierung (kommunal und privat), Gewerbe und Infrastrukturen (Büro, Produktion, Hochschulen) umfasst.
- Bereits in Wettbewerben und Ausschreibungen sollten klimaschutzgerechte Alternativvarianten für Bauprojekte entwickelt und konkurrierend unter Langfristgesichtspunkten bewertet werden.
- Objekt- und themascharfe Energiekonzepte und deren Umsetzung und Erfolge sollen regelmäßig durch das Monitoring begleitet werden. Dabei sollen die Preise für die verschiedensten Energieträger erfasst und Prognosen (Wirtschaftlichkeitsberechnung) berücksichtigt werden.
- Als Problem bei Wettbewerben und Ausschreibungen wird vom EnergieForum gesehen, dass Ökologie und Nachhaltigkeitsaspekte als weniger schwerwiegend angesehen werden, als gestalterische/ ästhetische Kriterien. Durch fachliche Beratung ließe sich dies Problem im Diskurs ausräumen. Vorgeschlagen wird von der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagene Mediatoren als Gutachter zur Beratung des Preis-

gerichts hinzuzuziehen (nicht als Mitglieder des Preisgerichts), um die Nachhaltigkeitsperspektive zu vertreten. Eine politische Debatte darüber, wie ökologische Kriterien in solchen Verfahren geregelt und berücksichtigt werden, wird als notwendig angesehen.

- Während im Wohnungsneubau (kurzfristig 1.800 neue Wohnungen) die Energieeffizienzrichtlinien als angemessen angesehen werden, wird festgestellt, dass insbesondere bei Sanierung weiterhin Nachholbedarf besteht. Dies sollte bei Baugenehmigungen vermehrt Berücksichtigung finden. Der Kommunale Immobilien Service Potsdam sollte sich als Klimapionier dafür einzusetzen, über die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen hinaus Pilotfunktionen zu übernehmen.
- Vorgeschlagen für solche Vorhaben wird die Einrichtung eines revolvingenden Klimaschutzfonds, um Mehrinvestitionen abzupuffern. Einsparungen aus dem Bereich Energieeffizienz im öffentlichen Bereich könnten in den Fond eingespeist werden, um zukünftig neue energieeffiziente Projekte zu fördern.

Vorgeschlagen wird, bei öffentlichen Wettbewerbsverfahren, insbesondere im Schulneubau, das EnergieForum unter Ausschluss eigener wirtschaftlicher Interessen als eine fachliche beratende Institution für den Klimaschutz/ Energie in Auswahlverfahren einzubeziehen, bzw. fachlich unabhängige beratende Experten hinzuziehen zu können. Die Verfahren sind transparent zu gestalten und Ausschreibungskriterien sollten öffentlich dargestellt werden.

6. Schlüsselprojekte für die Zukunft

Der runde Tisch des KimaForums Potsdam schlug zusätzlich zu den in den Wahlprüfsteinen angesprochenen Themen einige neue Vorhaben vor, die seit 2014 auf die klimapolitische Tagesordnung in Potsdam gekommen sind. Das EnergieForum bietet an, bei der Prüfung und ggf. Umsetzung dieser Themen aktiv mitzuwirken und seine fachliche Expertise einzubringen.

- Klimacampus: Mit der FH Potsdam steht der Stadt ein umfassender Expertenpool und mit der weiteren baulichen Entwicklung der FHP ein herausragendes Experimentierfeld für die theoretische und praktische Unterfütterung von Klimaschutzvorhaben zur Verfügung. Dazu sollte der Campus der FHP als Fokusprojekt des Masterplans "100% Klimaschutzkommune 2050" eine Sonderstellung mit Doppelnutzen erhalten. Nicht nur erhält die Stadt mit den Vorhaben der FHP belastbare Erfahrung mit wissenschaftlich begründeten Modellvorhaben des Klimaschutzes, die z.T. auch auf andere städtische Projekte übertragen werden können. Zugleich bietet die Stadt Potsdam für die FHP ein Forschungsfeld für inter- und transdisziplinäre Projekte in den Bereichen technologischer Vorhaben und in den weiteren Arbeitsfeldern der FHP, z.B. aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Damit kann sowohl auf der baulichen Projektebene, als auch in den Umsetzungsprozessen sowie der Politikentwicklung eine Vorbildwirkung für nationale Campus-Planungen bzw. andere Gebäude und bauliche Ensembles in Potsdam erreicht werden.

Gebäude und ihre energetische städtische Einbindung sollen dabei zu Forschungsobjekten/-projekten werden, wodurch sowohl der Forschungsförderungsbedarf reduziert werden kann, als auch die lokale Wertschöpfung aus der Klimapolitik gefördert wird.

Der FHP wird so ein Zugang zur einer praktischen Forschungs- und Lehrstrategie gegeben, in dem Klimaschutz zum Thema von Reallaboren (methodisch vorgeschlagen vom BMBF) integrierter Forschung und Lehre gemacht wird. Auf dem Campus wird an der Praxis geforscht und nicht nur analysiert was andere gemacht haben. (Beispiel: Sozialwissenschaftler betreiben bereits eine Modell-Kita mit Umwelterziehung als einem Schwerpunkt am Campus, für Bauingenieure und Architekten sollte der Campus zum Modellprojekt für Technik, Kosten und Verfahren werden.)

Supervision: Es wird herausgestellt, dass durch die Kooperation von FHP und EnergieForum bei Einbindung in Vorhaben der Stadt unabhängige Experten zur Verfügung stehen, die auch z.B. in die Beratung der Stadtwerke und des Immobilienmanagements projektbegleitend einbezogen werden können.

- Kooperation Planungs- und Baubehörde/ FH und Forschung: Die Stadtverordnetenversammlung sollte auf stärkere Kooperation und Koordinierung drängen. Durch fehlende Kooperation würden relativ leicht realisierbare Einsparungschancen verschenkt.
- Vermittlung von Klimapolitik: Zur Diskussion gestellt wird, welche Rolle Theorie- und Praxisdiskurse dabei spielen können, dass die Stadt Potsdam tatsächlich in der ersten Liga der Klimaschutzgemeinden spielen kann und zugleich Risiken der Anwendung von teilweise noch experimentellen technologischen Lösungen minimiert werden können. Als Beispiel wird die Kontroverse um die Weiterentwicklung von Fernwärme mit großen Wärmespeichern in Konkurrenz zu Nahwärme und Insellösungen angesprochen. Ziel sollte es sein, eine Sensorik zu entwickeln, die frühzeitig Fehlentwicklungen bei klimapolitischen Entscheidungen aufdeckt und Wege zur Umsteuerung ausweist (LowEx Strategien).
- Untersuchung alternativer Pfade: In der Klimakonzeption sollten sowohl Überlegungen zur Solarthermie (Berechnungen zur CO₂-Reduktion, Referenzfall Stern Center) als auch zu Abwärme, zum solarthermischen Kühlen für Wohnen und Gewerbe in die Planungen mit einbezogen werden. Auf dem Weg zu 100% erneuerbarer Stromproduktion können (dezentrale) Wärmespeicher eine wichtige Technologie sein.
- Gasnutzung aus Vergärung: Die Konkurrenz von Methanisierung zur Nutzung versus Rohgastransport (Kramnitz) wird als ungeklärt angesehen und als ein Beispiel dafür, dass Entscheidungen über Investitionen durch Theorie und Praxisvergleiche unterfüttert werden sollten (Expert*innen aus Wirtschaft und Wissenschaft einbeziehen, konkurrierende Pfade vergleichen).
- STEP Verkehr und Fahrzeuge mit Bio-Rohgas: Fahrzeuge der Stadtentsorgung sollten auf Rohgas umgerüstet werden. Dadurch kann ein zusätzlicher Veredelungsprozess beim Treibstoff vermieden werden. Der CO₂-Fußabdruck wird als geringer eingeschätzt, wenn z.B. Bioabfälle mit Biogas betriebenen Fahrzeugen eingeholt werden.
- ÖPNV: Fahrzeuge der städtischen Eigenbetriebe und E-Fahrzeuge sollten bis 2050 sukzessive auf nachhaltige Energieträger (erneuerbare Energie) umgestellt werden, wobei Eigenproduktion und Zwischenspeicherlösung sinnvoll durch entsprechende Infrastrukturlösungen unterstützt werden.

- Schrittweises Vorgehen: Gegenüber großen Gesamtlösungen erscheint es den Teilnehmern des runden Tisches angebracht, schrittweise und mit Zwischenzielen vorzugehen (Diskussion der Frage ob eine Großinvestition in ein Kraftwerk vs. oberflächennahe Geothermie) sinnvoll ist. Als wichtig wurde die Nutzung von Teilstreckenlösungen/ Brückentechnologien angesehen und für mehr Offenheit für Zwischenlösungen geworben, um technologische Unsicherheiten angesichts der dynamischen Entwicklung zu überwinden (Brückenlösungen in der Energieversorgung, in kleinen Neubaugebieten KWK-Anlagen als Insellösungen, zwischenzeitlicher E-Bus Verkehr nach Krampnitz bis eine Tram gebaut ist).
- CO2-neutrale Beschaffungsverfahren sollten auf allen Gebieten der Stadtwirtschaft eingeführt werden.
- Um der Komplexität der Entwicklung im Verhältnis zur Entlastung der Bevölkerung und den Anforderungen durch Effizienzanforderungen entsprechen zu können, wird die Einrichtung einer städtischen Energiemanagementstelle vorgeschlagen (integrale Verknüpfung der Themen Energieversorgung/ Verkehr/ Neubau/ Stadtwachstum, Umstrukturierung).

7. Vereinbarungen für die Zukunft

Die Nachverfolgung der Wahlprüfsteine des EnergieForums Potsdam hat eine breite Palette von Erfolgen und zugleich bisherige konzeptionelle wie auch im Prozess entstandene Lücken offen gelegt, die sich bei der Entwicklung und Umsetzung der Potsdamer Klimaschutzpolitik ergeben haben. Der runde Tisch machte deutlich, dass sowohl für die politische Vertretung der Stadt als auch für das EnergieForum und die beteiligten Praktiker das gemeinsame Gespräch auf Augenhöhe als eine zielorientierte gegenseitige Unterstützung wirken konnte. Im Zentrum stand dabei der Austausch und die gemeinsame Zielfindung, nicht der Versuch, gegensätzliche Vorstellungen zu übertünchen oder abschließende Festlegungen zu formulieren.

Eine wichtige Aufgabe wird es sein, das weiter erwartete Wachstum der Stadt so zu organisieren, dass sich keine negativen Effekte auf die Gesundheit der Bevölkerung und die Natur auswirken, was letztlich auch die Wirtschaft und die allgemeine Wohlstandsentwicklung schädigen würde, indem Folgen von Umweltbelastung und Klimawandel teuer beseitigt werden müssten.

- Ende 2018 sollte eine weitere Diskussionsrunde stattfinden. Dazu sollte frühzeitig eine Vorbereitungsgruppe gegründet werden.
- Thematische Foren zu einzelnen Bereichen in denen sich Lokalpolitik, fachliche Expertise und das EnergieForum austauschen, werden als sinnvoll erachtet, um die Grundlagen für gemeinsame Strategien zu diskutieren und entsprechend entwickeln zu können.

Beteiligte am Runden Tisch

Peter Busch (EnergieForum Potsdam, Vorsitzender)

Thomas von Canstein (IfEU, EnergieForum Potsdam)

Peter Kotschate (IfEU – Ingenieurgesellschaft- und Umwelttechnik mbH)

Prof. Rüdiger Lorenz (FH Potsdam Vizepräsident, FB Bauphysik und Bauklimatik, Klimarat Potsdam)

Marcel Piest (SVV Potsdam, SPD Umweltausschuss)

Andreas Walter (SVV Potsdam Bündnis90/ Die Grünen, Fraktionsgeschäftsführer)

Thomas Knorr-Siedow (UrbanPlus, Redaktion)

Carina Diesenreiter (UrbanPlus, Protokoll)